

# mitte drin

Ausgabe 02 / 2016 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Bezahlbares Wohnen für alle bleibt eine Vision der LINKEN

**B**ezahlbares Wohnen für alle in Mitte, Berlin und überall ist keine Vision zum Selbstzweck, sondern entspricht den realen Bedürfnissen der hier Lebenden und der zu uns Kommenden.

Der liberale Zeitgeist sagt, es gibt kein Recht auf Wohnen in der Innenstadt. Im Umkehrschluss muss gefragt werden, gibt es ein Recht auf Verdrängung aus der Innenstadt? Diese Frage muss gegenwärtig wohl leider mit Ja beantwortet werden. Jedenfalls ist das geltende (bürgerliche) Recht so gestaltet. Bezirk und Land könnten mit einer aktiven und radikalen Bau- und Wohnungspolitik gegensteuern, doch sie tun es nicht. Warum nicht? Es entspricht scheinbar nicht den Interessen von SPD und CDU, eine Stadt für Alle zu gestalten. Gentrifizierung und Segregation scheinen deren Programm zu sein. Verdeutlicht wird dies durch die große Anzahl an Luxuswohnungen, welche letztes Jahr fast ausschließlich in Mitte gebaut wurden. Nicht nur unbezahlbar für den Durchschnittsverdiener, sondern auch

mit völlig ineffizientem Flächenverbrauch. Im Durchschnitt nimmt in Berlin eine Person 40 m<sup>2</sup> Wohnfläche in Anspruch, im Luxussegment darf es gerne das Dreifache sein. Wie zur Bestätigung werden in wenigen Tagen über 100 familiengerechte und preiswerte Wohnungen, die erst in den 90ern fertiggestellt wurden, in der Wilhelmstraße nahe dem Brandenburger Tor abgerissen, um Platz zu machen für sogenannte full-serviced Luxusapartments und Penthouses ab 490.000 €. Ein Angebot, das nur die wenigsten beanspruchen können und viele ausschließt.

Aber es gibt auch gute Nachrichten. Ab 01.01.2016 gibt es nicht nur einfach mehr



Preisgünstige Mietshäuser auch in der Wilhelmstraße erhalten!

Wohngeld, auch deutlich mehr Berlinerinnen und Berliner dürfen sich über diese Wohltat des Sozialstaates freuen. Also jene Menschen, die aus eigener Kraft die Miete nicht bezahlen können, weil die Rente zu niedrig ist, der

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Mittwoch nachmittags in der "Neuen Nachbarschaft"

Da begegnen sich neue und alteingesessene Moabiter an einem Deutsch-Stammtisch und "trainieren" miteinander Deutsch – als Lernende oder als Lehrende. Dass dabei nicht nur eine Sprache vermittelt wird, erlebten Gwendolin Möhler und Hannah Kaltenbach.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

### Berliner LINKE prüfte ihr Wahlprogramm für 2016

Einen Überblick zu Themen und einzelnen Diskussionspunkten verschaffte sich André Ullmann. Er notierte auch Vorschläge zu Ergänzungen und Veränderungen. Der Landespartei tag im März wird Gelegenheit geben, das dann gültige Wahlprogramm zu beschließen.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Manchmal laufen Dinge ein bisschen aus dem Ruder

... und mit dem Blick auf die städtebauliche Neubewertung des Alexanderplatzes ist das gut und nützlich, findet Carola Bluhm, MdA der Linkspartei. Der Workshop des Senates weckte unerwartete Initiativen, z.B. für die Nutzung des Hauses der Statistik.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

## Zwischen Straußberger Platz und Alexanderplatz Stadtentwicklung an der Karl-Marx-Allee

Vortrag und Stadtführung mit **Thomas Flierl** | Moderation **Carola Bluhm**

**5. März um 11 Uhr** | Dachgeschoss, Haus Berlin | Straußberger Platz 1

# DIE LINKE.

## Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

## Aus der BVV

## Ein Haus für Obdachlose?

In der Moabiter Berlichingenstraße steht das Haus, in dem die ca. 30 Bewohner leben. Der Eigentümer hat nun dem Betreiber dieser Obdachlosenunterkunft gekündigt. Er will stattdessen lieber Flüchtlinge einquartieren und erhofft sich dadurch klingende Münze.

Was zunächst unverständlich scheint, hat folgenden Hintergrund: Zwar wird für die Unterbringung von Obdachlosen exakt der gleiche Satz pro Person und Nacht gezahlt wie für die Unterbringung von Flüchtlingen. Der Schlüssel zum Verständnis liegt aber in der Belegung der Räume. So werden – zumindest tendenziell – mehr Flüchtlinge auf der gleichen Fläche untergebracht als obdachlose Menschen. In der Praxis muss man sich das so vorstellen, dass in einen Raum, wo sonst beispielsweise nur zwei Obdachlose nächtigen, auch eine vierköpfige Flüchtlingsfamilie einziehen könnte. Für besonders „findige“ Geschäftemacher bedeutete dies dann also eine Verdopplung des Umsatzes.

In ihrer Sorge wandten sich die betroffenen Bewohner an Bezirksamt und BVV. Der zuständige Sozialstadtrat von Dassel (Grüne)

erläuterte, dass eine solche vom Eigentümer beabsichtigte Neukonzeptionierung zwar prinzipiell möglich sei, es sich aber verwaltungsrechtlich um eine Nutzungsänderung handeln würde. Das Haus ist nämlich nicht mehr im allerbesten Zustand und die bisherige Nutzung werde „in einem maximal zu verantwortenden Maß“ geduldet. Bei der beabsichtigten Nutzungsänderung griffen dann bestimmte Verwaltungsvorschriften so, dass umfangreiche bauliche Veränderungen und damit verbunden entsprechende finanzielle Investitionen des Eigentümers erforderlich würden, sollte dieser an seinem Vorhaben festhalten. Der Stadtrat geht davon aus, dass jener Umstand dem Eigentümer nicht in vollem Umfang bekannt ist, und will zunächst das Gespräch suchen. Macht schon Sinn, erst mal zu verhandeln. Was aber, wenn der Eigentümer sich querstellt?

Genau hier wird es etwas schwierig, denn die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat sich bekannterweise ein Rechtssystem geschaffen, in dem fast nichts wichtiger ist als der Schutz von Privateigentum. Ganz zahnlos ist die Kommune aber dennoch nicht. So besteht nach

Allgemeinem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) auch das Rechtsmittel der Beschlagnahme – allerdings nur, sofern kein anderer Wohnraum für die Unterbringung gefunden werden kann. Der Haken dabei ist die Frage, inwiefern diese Argumentation auch juristisch wasserdicht ist. Nach Einschätzung des Sozialstadtrats dürfte sie kurzfristig überzeugen, mittelfristig aber an Grenzen stoßen. „Die Gerichte würden uns nach ein paar Monaten nicht mehr glauben, dass wir keinen Ersatz gefunden haben“, so von Dassel. Soll also heißen: Auch eine Beschlagnahme löst das Problem nicht, sondern verschiebt es nur, wenn sich der Eigentümer nicht kompromissbereit geben will. Einer der Bewohner sprach vor der BVV und bat eindringlich um Unterstützung. Er machte dabei übrigens auch deutlich, dass es nicht um ein gegeneinander Ausspielen der Interessen von Obdachlosen und Flüchtlingen gehen dürfe. Die BVV befürwortete jedenfalls einstimmig mittels Antrag das Vorgehen des Sozialstadtrats.

Nun bleibt fürs Erste abzuwarten, inwieweit die Strategie aufgeht Ein Haus für Obdachlose also? Ja!

Falko Loeff

## Beton statt Bäume?

### Die Fischerinsel empört sich

**Ihr fragt uns nicht, ihr hört uns nicht und euch geht es nur ums Geld. Solche Kritik hagelt es auf die Politiker der Regierungsparteien nicht nur beim Tempelhofer Feld. Regieren über die Köpfe der Bürger\*innen hinweg gibt es auch in unserer Nachbarschaft.**

Seit dem Jahreswechsel ist die ganze Fischerinsel in Aufruhr. Beginnt man uns zuzubauen? Nimmt man uns die Parkplätze? Gibt es bald keine Möglichkeit mehr, in den verbliebenen Grünanlagen spazieren zu gehen? Das sind Befürchtungen und Ängste der Anwohner\*innen, die aus einer unzureichenden Information vor Ort resultieren. Es führte soweit, dass sich Bürger\*innen zusammenschlossen und Unterschriften gegen das Bauvorhaben der Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte (WBM) am Mühlendamm sammelten. Doch die WBM ist gar nicht zu rügen. Sie hat über ihre Verpflichtungen hinaus die Planungen des Bauprojekts der Anwohnerschaft vorgestellt.

Das Kiezgespräch des Stadtteilaktivs am 25. Januar im KREATIVHAUS, als Versuch die Anwohner\*innen in einen Dialog mit den Verant-

wortlichen für das Bauvorhaben zu bringen, konnte die wichtigen Fragen der Anwohnerschaft jedoch nicht klären. Denn von den eingeladenen Gästen stellte sich nur die WBM der Kritik der etwa 80 Teilnehmer\*innen an diesem Abend. Diese war mit der Geschäftsführung, den zuständigen Mitarbeiter\*innen für das Wohngebiet sowie der Architektin des geplanten Wohnkomplexes zum Gespräch bereit. Anders die zuständige Senatsverwaltung und das Bezirksamt für Bauen.

Die Fragen wann, warum und auf welchem Weg der neue Bebauungsplan beschlossen wurde, konnte nicht beantwortet werden. Dementsprechend wütend zeigten sich die Anwohner\*innen. Zu Recht empörten sie sich, dass ihnen eine Mitsprache bei Veränderungen in ihrem Wohnumfeld verweigert wird. Selbst der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses in Mitte, Frank Bertermann, und der Bezirksverordnete Sven Diedrich erklärten, dass die gewählten Volksvertreter in diesem Fall relativ machtlos sind. Das Bezirksamt hat die Entscheidungsgewalt. Doch die Zeit



Fragen und Wut beim Kiezgespräch

drängt. Bereits im Februar sollen die Bäume gefällt werden, weiter herausgezögert, wie die Anwohner\*innen fordern, wird dies nicht. Deshalb plädierte die Abgeordnete Carola Bluhm dafür, die Senats- und Bezirksverwaltung so schnell wie möglich zur Rede zu stellen. Sie organisiert ein zweites Bürgergespräch, um dieser Missachtung von demokratischen Grundsätzen gegenüber den Anwohner\*innen durch die öffentliche Verwaltung Herr zu werden.

Aber darüber hinaus: Ist für neue Kitas und Schulplätze gesorgt? Werden Bäume ersetzt? Wie werden ausschließlich sozialverträgliche Mieten ermöglicht? Es gibt noch viel zu diskutieren auf der Fischerinsel.

Christian Otto

(Siehe auch Veranstaltungshinweis Seite 4)

# Wie kochen, nur anders

## Basiskonferenz zum Wahlprogramm 2016

**Hobbyköche kennen das Phänomen: Wenn es am Schluss um den Geschmack der Soße geht, darf jeder Mal probieren und seinen Tipp abgeben:**

„Was meinst Du? Fehlt etwas? Zu scharf? Zu lasch?“ Ähnliches war am 16. Januar in der Alten Börse in Marzahn zu beobachten, wo sich gut 150 Mitglieder zur Basiskonferenz trafen, um den Entwurf für das Wahlprogramm 2016 zu diskutieren.

Die Programmkommission hatte im Vorfeld einen Programmmentwurf mit acht Handlungsfeldern erarbeitet. Im gediegenen Ambiente der Alten Börse und in sieben Workshops wurden diese Felder eingehender besprochen – vier Diskussionszirkel hatte ich besucht, um einen ungefähren Eindruck von der Veranstaltung zu bekommen.

Die Besprechung der Handlungsfelder verlief jeweils sehr unterschiedlich: Die formellere Atmosphäre war in den großen Runden („Stadtentwicklung“ und „Bildung/Kultur“) zu verspüren. Die zahlreichen Teilnehmer\*innen brachten naturgemäß zahlreiche Ergänzungen mit ein. Auch wenn es durchaus um Details ging, verloren sich die Diskussionen trotzdem nicht auf Nebengeleise – zu konzentriert waren alle bei der Sache. Formal etwas lockerer erschienen die kleinen Workshops wie etwa „Sozial-ökologischer Umbau“ und „Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung“. Hier wurden vor allem auch Querverbindungen zu anderen Themen auf Relevanz abgeklopft. Inhaltlich waren die Diskutant\*innen jedoch ebenfalls sehr fokussiert.

Häufig wurden die Redebeiträge mit „Ich habe beim Lesen folgendes Argument nicht gefunden“ oder „Diesen Aspekt sollten wir stärker herausarbeiten“ eingeleitet. Die Einlassungen und Vorschläge spiegelten die zahlreichen Probleme wider, die sich in Berlin in den letzten Jahren angehäuft haben – die mangelhafte Unterbringung von Flüchtlingen, der desolate Wohnungsmarkt, das Erstarken der AfD oder das instrumentelle Verhältnis des Senats zur Bürgerbeteiligung, um nur ein paar zu nennen. Wird das Programm durch die zahlreichen Ergänzungen nicht zu umfangreich? Einer der jüngeren Teilnehmer sieht das gar nicht so, im Gegenteil: „Das Wahlprogramm ist die Basis. Da muss erst einmal alles rein. Und dann kann man die wichtigsten Argumente für den Wahlkampf herausdestillieren“, meint er. Das Programm solle aber von Anfang an ausgewogen sein, mahnte eine andere Genossin an, die unser Gespräch eher beiläufig mitbekam und



Rege Debatte in der alten Börse in Marzahn

kommentierte. Ausgewogenheit – ein hehres wie mühsam zu erreichendes Ziel.

In der Schlussrunde versammelten sich noch einmal alle Teilnehmer und diskutierten die Präambel zum Wahlprogramm. Hier stellte sich noch einmal die grundsätzliche Frage, welchen ersten Eindruck das Programm vermitteln sollte oder, um wieder den kulinarischen Vergleich zu wagen: „Muss mehr Pfeffer rein?“ Darüber ist noch nicht abschließend entschieden, doch auf dem Landesparteitag im März gibt es noch Gelegenheit, um Detail- und allgemeine Fragen zu klären. Schmecken muss das Programm einerseits den Mitgliedern, andererseits aber auch den Wähler\*innen.

André Ullmann

### Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

#### Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

#### Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr **kostenlose Mieterberatung** im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

### Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr**

im **Rathaus Mitte**, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65  
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Fortsetzung von Seite 1: **Bezahlbares Wohnen für Alle bleibt eine Vision der LINKEN**

Arbeitslohn nach der 40-Stundenwoche nicht reicht oder das BAföG zu knapp kalkuliert ist. Das Wohngeld wurde seit 2009 nicht an die steigenden Mieten angepasst und berücksichtigt auch jetzt nicht die steigenden Preise für Heizung und Warmwasser. Eine gute Nachricht? Nicht wirklich!

Also was tun? Leerstand und Zweckentfremdung bekämpfen! Mietpreisbremse kon-

trollieren! Planungsrecht für preiswerten Wohnraum schaffen! Milieuschutz einführen! Gemeinwohlorientierte Wohnprojekte fördern! Kostenfreie Mieter-, Energie- und Sozialberatung anbieten! Das alles könnte das Bezirksamt sofort tun. Desweiteren wollen wir nicht nur vorhandenes Grün erhalten und pflegen, sondern auch neues schaffen. Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement

ohne es auszubeuten, gründen Park- und Baumpatenschaften, wenn der Bezirk an die Grenzen seiner Ressourcen stößt, schaffen barrierefreie Wegeverbindungen, dass niemand ausgeschlossen ist.

Es ist das Einfache, das so schwer zu machen ist.

Katharina Mayer / Sven Diedrich

## Menschen in Mitte

# André Müller initiierte Mietergemeinschaft

## Gegen Wucher und Verdrängung

**M**enschen in Tiergarten wehren sich gegen Mietwucher und Verdrängung aus ihren Wohnungen. Nach der energetischen Sanierung des 8 439 Quadratmeter großen Gebäudekomplexes Kurfürstenstraße 80-83/Keithstraße 27 wollen die Mieter den viel zu hohen Modernisierungszuschlag und die für 2016 angekündigte Mieterhöhung nicht einfach hinnehmen, gründeten dagegen eine Mietergemeinschaft.

„Auf eine Antwort auf unser Schreiben vom Oktober 2015 an die Verwaltung Deutsche Immobilien Management Berlin GmbH (DIM), in der wir eine Einsicht in die Sanierungsrechnungen sowie eine Mietminderung für die für uns strapaziöse sechsmonatige Bauzeit verlangen, warten wir – auch nach vier weiteren Erinnerungsbriefen – noch heute“, kritisiert André Müller, Initiator und einer ihrer Sprecher. „Dass das Quartier inzwischen an die luxemburgische Brandenburg Properties 3 S.a.r.l., einer an der Londoner Börse notierten Tochter des Großinvestors Puma Brandenburg Ltd. mit Sitz im britischen Steuerparadies Guernsey, verkauft und die 246 Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden, haben wir durch Zufall bei einer Prüfung des Grundbucheintrages beim Amtsgericht erfahren“, hebt der 53-jährige Mediaberater hervor. „Wir Bewohner, darunter viele Rentner, sind schockiert, für viele werden die Wohnungen, in denen nicht wenige seit der Häuserereinweihung 1966 leben, unbezahlbar.“

### Kontakt mit der DIE LINKE-Fraktion

Die Mietergemeinschaft gibt nicht auf. „Nach einem Treffen mit Verordneten der Grünen mit wenig Aussicht auf Erfolg besuchten wir die DIE LINKE-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung, die unser Anliegen unterstützen will. Ein Fachanwalt mit Schwerpunkt Mietrecht wird an unsere Seite treten“, berichtet André Müller. „Auch werden wir uns mit einem offenen Brief an Bezirksbürgermeister Dr. Hanke wenden. Gegen das Schweigen und die Hinhaltetaktik der Hausverwaltung DIM und der Eigentümer habe ich am 7. Januar beim Amtsgericht Schöneberg Klage eingereicht.“

André Müller ist noch voller Zuversicht, hat er doch in seinem Leben schon eini-

ges deichseln können. 1962 in Sebnitz geboren, in Dresden aufgewachsen, erlernte er in Niesky den Beruf eines Maschinen- und Anlagenmonteurs. Da man schon frühzeitig sein Talent für Organisation und sein Durchsetzungsvermögen erkannte, holte man ihn nach Berlin zur Vorbereitung großer nationaler und internationaler Jugendtreffen. Nach einem Betriebswirtschaftsstudium war er für verschiedene bedeutende Werbeagenturen tätig, machte sich 1996 selbständig, gründete seine eigene Agentur media62. Stolz präsentiert er eine Glanzausgabe seines „reisemosaik“, ein von Reiseunternehmen und Wirtschaft gesponsertes Magazin. Im Moment arbeitet er an einer Neuauflage eines „Berliner Illustrierten Extrablattes“ im Format und Stil der 20-er Jahre, finanziert durch Anzeigen vorwiegend hauptstädtischer Betriebe.

„Ansporn für das Ringen um unsere Häuser ist auch der Erfolg der Bewohner der Wrangelstraße 66, die in Gemeinschaft deren Rekommunalisierung erreichten“, betont André Müller. „Gemeinsam sind wir stark!“ Die „mittendrin“ wünscht einen positiven Ausgang und wird weiter darüber informieren.

Matthias Herold



Noch voller Zuversicht:  
André Müller  
(Foto: Matthias Herold)

## Kurznachrichten

### ► Neue Stellen für Stadt und Bezirke

Im Laufe der nächsten zwei Jahre werden 11.000 neue Stellen für Angestellte und Beamte in den Bezirken geschaffen und 4.400 neue Stellen in der hauptstädtischen Verwaltung. Dazu kommen weitere Plätze für aus Altersgründen Ausscheidende. Zu den Neuen gehören 1.170 Lehrer und 300 Erzieher. Auch das LaGeSo wird 366 neue Stellen besetzen können.

### ► Berliner Betriebe kümmern sich verstärkt um Flüchtlinge.

Arbeitsstellen für Flüchtlinge sollen schnellere Integration ermöglichen. Dafür wollen sich die landeseigenen Betriebe verstärkt engagieren. So wollen die Wasserbetriebe und die Stadtreinigung Ausbildungsplätze anbieten. Auch die BVG stellt einige Praktikumsplätze für Mechatroniker bereit. Die Angebote zur Ausbildung und Qualifizierung richten sich auch an Jugendliche, die noch keinen ausreichenden Schulabschluss haben.

### ► Videoüberwachung in S-Bahnzügen erst ab 2021

Die BVG überwacht in Berlin alle U-Bahnhöfe, ebenso alle Busse und Bahnen mit Video-Kameras. Die auf S-Bahnhöfen installierten Kameras dienen nur der Zugabfertigung. Gegenwärtig laufende S-Bahnwagen werden nicht zur Überwachung umgerüstet. Bei den neuen Zügen, die ab 2021 schrittweise eingesetzt werden, sollen Kameras zum Standard gehören.

### ► Das Flugwesen ... und das entwickelt sich?

Airbus hat 2015 mehr Bestellungen erhalten als Boeing. Ihre Kunden gaben 1.036 Maschinen in Auftrag. Das waren 29 Prozent weniger als 2014. Boeing bekam 768 Bestellungen – 46 Prozent weniger als 2014, lieferte aber 762 Flugzeuge aus. Airbus konnte nur 635 seiner Käufer bedienen.

## Kiezgespräch im Kreativhaus

22.02.2016, 17 – 19 Uhr

Die geplante Bebauung der Fischerinsel? Dürfen die Bürger\*innen mitreden?

Fischerinsel 3, 10179 Berlin (U-Bhf. Märkisches Museum)



## Bei anderen gelesen

### ► **Das Vertrauen der Bürger ist weg**

Es ist alles andere als demokratisch, und es ist respektlos dem Volk gegenüber, anzuweisen, Pressemitteilungen und Ermittlungsergebnisse zu manipulieren. Das Vertrauen einiger Politiker in die Bürger und in sich selbst ist weg. Der Bürger wird missachtet. Die eigenen Gesetze werden von manchen Politikern nicht geachtet. Und diese schützen ihr Volk nicht. Wer dem eigenen Volk misstraut, sollte es nicht regieren.

„Der Freitag“, 22.01.2016

### ► **Die Geißel Krieg**

Da das Flüchtlingsdrama in erster Linie eine Folge der vielen Kriege ist, die immer noch als Mittel zur Lösung politischer Probleme geführt werden, muss die Aufgabe darin bestehen, endlich von dieser mittelalterlichen, verheerenden Denkhaltung wegzukommen und in der Politik vorrangig Methoden anzuwenden, mit denen die Dialogbereitschaft gefördert wird, damit Konflikte auf friedlichem Wege gelöst werden können.

„Neues Deutschland“, 08.01.2016

### ► **Auf der Flucht**

Sie drängen zu uns unter Lebensgefahr, eine unzählige Vielvölkerschar, nur gerettet, gerettet wollen sie sein, sie steigen in morsche Boote ein, aufs Meer in die Freiheit weg von Terror und Krieg. Überleben ist der einzige Sieg. So viele ertrinken, verlassen auf See, sie schreien um Hilfe, denn Sterben tut weh. Die anderen gerettet am Strand, sind sie jetzt endlich im gelobten Land? Kein Wort davon, was mit dem geschieht, der aus Not und Gefahr aus der Heimat flieht. In Flüchtlingslagern sind sie gefangen, geduldet allein zwischen Hoffen und Bangen. Nirgends Platz für die Ärmsten, denen Abschiebung droht, sie warten geduldig zwischen Leben und Tod. Europa ist groß und reich durch Waffen, die in den Ländern Verwüstung schaffen, aus denen die Opfer zu uns fliehen. Es ist Zeit, Konsequenzen zu ziehen.

„RotFuchs“, Januar 2016

### ► **Es ist Zeit, etwas zu verändern**

Und nur diese eine ist unsere Chance, etwas zu verändern. Wir wissen, dass bittere Armut der sichere Gang zum Irrweg ist, dass die Ausbeutung der Erde das Leben auf ihr gefährdet. Wir wissen, dass die Macht der Wenigen nicht ohne Einhalt bleiben darf, und wie gefährdet der Boden ist, auf dem sie immer wieder zum Zuge kommen. Gisela Steineckert im

„RotFuchs“, Januar 2016

## Neue Nachbarschaft in Moabit

# Nachbar\*in schafft Nachbarschaft

**Es ist Mittwoch, später Nachmittag, Moabit. In der Begegnungsstätte Neue Nachbarschaft ist mittlerweile fast jeder Stuhl besetzt.**

Auf den Tischen stehen Schilder, auf denen die Buchstaben der Sprachstufen A (Anfänger) und B (Fortgeschritten) aufgemalt sind. Ein buntes Stimmengewirr erfüllt den Raum. Wir setzen uns zu einem jungen Mädchen. Immer wieder nähern sich Personen und fragen: „A1?“ – Auf unserem Tisch befindet sich kein Schild.

Wir befinden uns beim Deutschstammtisch. Eine Veranstaltung, an der jeder teilnehmen kann, um seine Sprachkenntnisse zu vertiefen. Student\*innen, Ehepaare oder Rentner\*innen unterstützen die Deutschlernenden dabei.

Dieser Stammtisch ist nur eines von zahlreichen Projekten der Neuen Nachbarschaft. Marina Naprushkina gründete die Initiative im August 2013 mit der Intention, Neuankömmlinge in der Großstadt willkommen zu heißen. Es ist ein Ort der Integration, an dem sich alte und neue Nachbar\*innen vieler Nationalitäten und Altersgruppen auf Augenhöhe begegnen und Kontakte zu Menschen knüpfen, denen sie im Alltag vielleicht nie begegnet wären.

Die Initiative finanziert sich ausschließlich über Spendengelder, um sich ein unabhängiges Arbeiten zu bewahren. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer\*innen wäre das unmöglich. Mittlerweile zählen circa 400 Personen zu den aktiven Mitgliedern. Aufgrund der vielen kreativen Köpfe finden, neben dem täglichen Barbetrieb, oft Veranstaltungen statt: Konzerte, Kinderbetreuung und Integrationsküchen sind nur ein Teil davon. Doch die meiste Zeit müssen die Mitarbeiter\*innen dafür aufbringen, Neuankömmlinge bei Behördengängen zu unterstützen – eine Tatsache, die Marina verärgert: „Das Schlimme ist, dass der Staat versagt und wir das ausbaden müssen.“

Genau aus diesem Grund musste das momentane Großprojekt immer wieder verschoben werden. Doch seit dem 29. Januar findet nach intensiver Vorbereitungszeit endlich der Kulturmarathon statt. Unter dem Motto „Wir schaffen das“ gestalten im Zeitraum von sechs Wochen alte und neue Nachbar\*innen 30 Kulturveranstaltungen. „Wir wollen jetzt nochmal eine Stufe höher gehen, so dass

jeder über sich erzählen kann, damit man einander besser versteht“, so Marina. Bei Konzerten, Workshops und Vorträgen erzählen alteingesessene Berliner\*innen und Neuzugezogene voneinander und lernen sich kennen. „Kein Akademikerforum, sondern ein Wissenstransfer der gelebten Erfahrungen, bei dem Menschen mit und ohne Fluchthintergrund herzlichst willkommen sind.“

Gwendolin Möhler/Hannah Kaltenbach



Deutsch lernen im „Kulturmarathon“

Homepage:

<http://neuenachbarschaft.de/>

Über den Kulturmarathon:

<http://neuenachbarschaft.de/2016/01/19/wir-schaffen-das-kulturmarathon-der-neuen-nachbarschaftmoabit/>

Ab 29. Januar / Lesungen, Vorträge, Workshops, Konzerte / 30 Beiträge zu Kultur, Politik, Geschichte und Kunst

# Wir schaffen das!

Der Kulturmarathon der Neuen Nachbarschaft/Moabit

Programm:  
[www.neuenachbarschaft.de](http://www.neuenachbarschaft.de)

# Zwischen Winterfrust und Frühlingslust

**N**och sind die Tage kurz, nass, grau, wärmer oder kälter, manchmal sonnig. Spazieren entlang der Kaffee- oder Teestuben mit feinem Kuchen - am Rande der Mitte fällt das schwer.

Bei Fontane führen hier Wohnende paar- oder gruppenweise nach Treptow, auch bis hinter den Grunewald und vergnügten sich in trauten Restaurationen. Außerhäuslich war der innerstädtische Genuss bis zur Verbreitung der Kaffeehäuser Männersache. Im preußischen Alltag mischte sich Hochkultur nicht mit kulinarischem Gewerbe. Auch Architekt Ludwig Hoffmann schuf für das 1908 eröffnete Märkische Museum in imposanter Backsteingotik leider kein Museumscafé. Das Wachpersonal ist reizend, der Andrang übersichtlich, Neorenaissance und Neugotik umgeben zwei markante Innenhöfe. Treppab, treppauf historische Säle und Gänge, es geht von Vitrine zu Vitrine, Zünfte und Bevölkerungen sind präsentiert, Spazierstöcke weisen auf prägende Orte, Menschen und Zeiten. Berlins Stadtmuseum zeigt gesammelte Beweise. Berliner Geschichte, das sind Alltagsgegenstände,

Fotos, Gemälde, Zeichnungen, Waffen, Schmuck, auch Stadtmodelle. Einen historischen Berlinplan finde ich nicht, aber ein passanter kleinerer Ausschnitt. Für Kinder zu wenig, auch zum Anfassen, kaum bewegte Bilder, filmische und akustische Ergänzungen, kein mehrsprachiger Wegweiser. In diesem Museum muss man der deutschen Sprache mächtig sein, und die alten Musikautomaten werden nur sonntags um 16 Uhr vorgeführt.

Neben einem feinen Ölgemälde lese ich, Julius Jacob habe 1886 die Türme des Deutschen Doms und der Petrikirche als Hintergrund zum Wilhelmsplatz gemalt, das Bild von Deutschlands erstem öffentlichen Kinderspielplatz, auch die bunte Tracht der Spreewälder Kindermädchen ist hier bewahrt, die den herrschaftlichen Nachwuchs hüteten. Google weiß, dass der Platz 1749 angelegt, aber 1949 mitsamt der Station Kaiserhof feierlich in Thälmannplatz umbenannt wurde. Östlich davon lädt, neu geschaffen, der alte Zietenplatz wieder ein, flankiert von vier preußischen Bronzegenerälen, direkt am U-Bahnhof Mohrenstraße.



Berlin-Nostalgie im Friseursalon

Ich verlasse das Museum, sehe das Ende der öden Breiten Straße vom werdenden Schloss begrenzt. Die DDR-Bauakademie hat einem entstehenden Hotel Platz gemacht, die Petrikirche ist perdu, doch davor, dahinter und daneben wird viel gegraben. Hoffentlich planen sie Kaffeehäuser ein.

Irene Runge

# Mehr von ihnen ist besser für alle!

## Charité-Streik brachte Erfolg

**A**n der Charité konnte die Gewerkschaft **ver.di** einen Tarifvertrag für mehr Personal durchsetzen – mithilfe eines elftägigen Vollstreiks im vergangenen Juni und zäh geführten Verhandlungen. Davon profitieren Mitarbeiter\*innen und Patient\*innen.

Der Streik der Beschäftigten an Europas größtem Universitätsklinikum hatte im Juni 2015 für gewisses Aufsehen gesorgt: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde nicht für mehr Lohn, sondern für mehr Personal gestreikt. Der Ausstand endete mit einem Erfolg für die Kolleg\*innen: Die Charité verpflichtete sich, auf Grundlage einer Eckpunktevereinbarung einen Tarifvertrag zur Personalbemessung auszuarbeiten. Und „nach Höhen und Tiefen in den Verhandlungen seit dem Sommer haben sich jetzt beide Seiten so weit angenähert, dass von einem baldigen Abschluss ausgegangen werden kann“, wie ver.di Ende 2015 in einer Pressemitteilung mitteilte.

Bis zu dem Streik hatte der Arbeitgeber das Thema für nicht tariffähig erklärt und mit

Hinweis auf fehlende Geldmittel die Forderungen abgelehnt. Vor Gericht wollte er die Arbeitsniederlegung unterbinden lassen – erfolglos. Denn, so die Begründung des Arbeitsgerichts: *„Unternehmerische Freiheit hört da auf, wo der Gesundheitsschutz für Beschäftigte anfängt.“*

Die Charité-Beschäftigten haben im Verlauf ihrer seit 2013 aufgebauten Tariffbewegung immer wieder herausgestellt, dass mehr Personal nicht nur für sie, sondern auch die Patient\*innen wichtig sei. Von dieser Seite kam dann auch Schützenhilfe in der Auseinandersetzung. Während der Arbeitgeber versuchte, u.a. mit Plakaten den Streik als schädlich für Patient\*innen zu diskreditieren, erklärte sich z.B. die Patientenbeauftragte des Landes Berlin offen solidarisch mit dem Anliegen.

Die LINKE setzt sich – wie auch ver.di – für eine gesetzliche Personalbemessung ein. Laut



Klinik-Beschäftigte auf der Straße

Gewerkschaft fehlen bundesweit 162.000 Vollzeitstellen, davon 70.000 in der Pflege. Da eine gesetzliche Lösung jedoch nicht in greifbarer Nähe ist und viele Kolleg\*innen nicht mehr warten können, formieren sich auch andernorts Tariffbewegungen für mehr Personal, so im Saarland und Schleswig Holstein. Die Charité ist hier das Vorbild.

Nelli Tügel

# Ein vollkommen anderer Plan

**M**anchmal laufen Dinge ein bisschen aus dem Ruder und es ist gut, dass sie das tun.

Als der Berliner Senat ein Workshopverfahren zur städtebaulichen Neubewertung des Alexanderplatzes veranstaltete, war damit nicht unbedingt die Intention verbunden, dass sich eine Initiative gründet, die ein völlig neues Konzept für die Nutzung des



Imposante Stahlbaukonstruktion hat Zukunftschancen

einstigen Hauses der Statistik entwickelt. Das Haus der Statistik, 1968 bis 1970 im Stil der neuen Sachlichkeit an der damaligen Hans-Beimler-, heutigen Otto-Braun-Straße erbaut, steht seit langem leer und verfällt: 40.000 Quadratmeter Nutzfläche, ein geschlossenes Ensemble in zentraler Lage, das gegenwärtig unter Kuratel der Bundesanstalt

für Immobilienaufgaben steht, aber – so es gewollt ist – vom Land Berlin erworben werden könnte.

Was schlägt die „Initiative Haus der Statistik“ vor? Die solide bauliche Substanz soll in Wohnraum für Flüchtlinge und Arbeitsräume für Kunst, Kultur und Bildung umgewandelt werden. Kosteneffektiv und nachhaltig sei das möglich, sagen die Ideengeber und schreiben: „Das Haus wird zu einem Prototypen für eine innovative, integrative Praxis und Verbindung von Kultur, Bildung und Sozialem. Durch Rückbau zweier flacher Gebäude können weitere 50.000 Quadratmeter Nutzfläche im Neubau realisiert werden, um dringend benötigten und bezahlbaren Wohnraum u.a. für die Nachbarschaft zu schaffen.“

Stellen wir uns das einmal in die Tat umgesetzt vor. Mitten in der Mitte der Stadt, in einer Lage, die Privatinvestoren ob der zu erwartenden Renditen in Verzückung geraten lässt, entsteht ein integratives Wohn- und Arbeitsprojekt. Bis dato hatte der Senat zwei Möglichkeiten in Erwägung gezogen: abreißen und hochpreisige Wohnungen und Geschäfte bauen oder Nutzung des Bestandsgebäudes als Behördenzentrum.



Nun liegt ein neuer Vorschlag auf dem Tisch und jeder Senat machte sich unglaublich und lächerlich, diskutierte er diesen Vorschlag nicht ernsthaft. Diskutieren meint natürlich öffentlich und mit den Bürgerinnen und Bürgern. Geflüchtete werden in die Stadtgesellschaft integriert, Künstlerinnen und Künstler finden bezahlbaren Arbeitsraum, ein schwieriger innerstädtischer Raum – zurzeit todtraurig anzusehen – wird wiederbelebt, ein Stahlbetonskelett kostengünstig zum Wohnen umgebaut. Wohnmieten zwischen vier bis neun Euro und Ateliermieten zwischen drei bis vier Euro nettokalt sind möglich.

Wer sich dieser Diskussion verschließt und stattdessen eine Lösung dritter Wahl bevorzugt, wird sich auf eine Menge Fragen gefasst machen müssen. Aber ich bin optimistisch. Der Vorschlag liegt auf dem Tisch und niemand hat die Macht, ihn in einer Schublade verschwinden zu lassen. Also: Fangen wir an, darüber zu reden.

**Carola Bluhm**

<https://hausderstatistik.wordpress.com>

# Marode Bausubstanz der Anna-Lindh-Schule im Wedding

## Elterninitiative für überfällige Sanierung

**I**n der größten Grundschule des Bezirks Mitte stinkt es seit geraumer Zeit gewaltig. Und zwar im wahrsten Sinne des Wortes: Neben tropfenden Decken in den Klassenräumen, undichten Fenstern und Schimmel an den Wänden sind auch die Toilettenrohre in so desolatem Zustand, dass selbst Flure und Klassenräume dieser Schule stinken.

Die Anna-Lindh-Schule in der Guineastraße ist eine der Schulen mit dem höchsten Sanierungsbedarf in ganz Berlin. Die gegenwärtigen Zustände machen Schülern, Lehrern und Eltern zu schaffen. Nach mehr als einem halben Jahrhundert intensiver Nutzung ist eine Sanierung der abgewirtschafteten Sanitär-

lagen seit langem überfällig. Wasser sickert durch die maroden Bauteile, in Klassenräumen müssen bei Regen Eimer aufgestellt werden.

Seit mehreren Jahren gibt es hier eine Elterninitiative, die sich unter anderem für eine Sanierung einsetzt. Elternvertreterinnen wie Claudia Liebscher und Andrea Dettmann: „Zwischen dem kreativen und engagierten Schulalltag einerseits und den allgemeinen baulichen Voraussetzungen für den Unterrichtsbetrieb andererseits klafft eine riesige Lücke. Alle werden behindert durch immer wieder zusammenbrechende Stromleitungen, ausfallende Heizungen oder die Sanitärsituation.“ Speziell die Toilettenräume sind ein Skandal. Sobald man hineinkommt, empfängt

einen beißender Gestank. Eltern beklagen sich darüber, dass ihre Kinder morgens gar nichts mehr zu trinken wagen, um in der Schule nicht diesen Toiletten ausgesetzt zu sein!

Derzeit wird nur einer von zehn maroden Toilettensträngen saniert. In den Investitionsplan 2016/17 des Senats ist die Schule zwar inzwischen aufgenommen worden; es ist aber sehr unwahrscheinlich, dass die vorgesehenen Gelder für die notwendigen umfangreichen Sanierungen ausreichen. Zumal auch der Hort mit Kantine einer Erweiterung und Renovierung bedarf. Mit ca. 800 Schüler\*innen hat die Anna-Lindh-Schule fast doppelt so viele Lernende aufgenommen wie ursprünglich vorgesehen.

**Rainer Scholz**

## Das ist das Letzte

Am „Holocaust-Gedenktag 2016“ hörte ich eine Nachricht, die mich wütend machte: In Berliner Flüchtlingsheimen mussten Kinder hungrig ins Bett, weil die Verwaltung überfordert ist. Da wünschte ich, die Berliner Linke hätte wenigstens halb so viel Kraft wie die „Berliner Tafel“, um diesen Dauer-Skandal zu beenden. Tausende Bürger mühen sich als Eingliederungshelfer. Aber „Ein Löffel Teer kann ein ganzes Fass Honig verderben!“ Und es gab ja noch andere Beimengungen zu diesem Gedenktag. Die Buchläden boten Hitlers „Mein Kampf“ als Bestseller an. Die Polizei meldete neue Rekorde bei rechten Gewalttaten. Die Nationalisten errechnen ihre künftigen Wahlsiege. Die CSU droht ihrer Kanzlerin mit dem Verfassungsgericht, wenn der Zugang der Asylbewerber nicht umgehend gestoppt wird. Auch in der CDU werden die Wadenbeißer immer bissiger. Und die SPD fährt ihren Schlingerkurs, um an Bord der Regierungsjacht zu bleiben. Wie viele Schlauchboote der Verzweifelten dabei gerammt werden, interessiert nur noch beiläufig. Viele EU-Mitgliedstaaten zeigen die kalte Schulter für fremdes Leid. Dabei ist vieles ganz logisch: Deutschland hat als Mitverursacher der Entwurzelung von Millionen Menschen eine Pflicht zur Wiedergutmachung. Man kann doch nicht über Jahre und Jahrzehnte unfaire Handelsverträge, schäbige Waffenverkäufe und eine gewissenlose Klimapolitik betreiben und dann nach Stacheldraht rufen, um ungestört zu bleiben. Man kann auch nicht ungestraft den Rassenwahn der Über- und Untermenschen wach halten und sich wundern, wenn eine gerechte Verteilung des Reichtums gefordert wird. Es geht nicht um Weiße gegen Farbige, Einheimische gegen Fremde, Industriestaaten gegen Pechvögel oder so. Es geht um die globalisierte Tyrannei Oben gegen Unten. Und so lange noch nicht alle Freiheit der Sicherheit geopfert ist, müssen zur Rettung der Freiheit, Demokratie und des Friedens noch breitere linke Bündnisse entstehen, die diese Welt vom Kopf auf die Beine stellen können. **Arthur Paul**

# Die Denkaufgabe von Köln

**Die Ereignisse in Köln am Silvesterabend hätten auch einem Drehbuch von Pegida-Rassisten entsprungen sein können, die schon so viele Dinge erfunden haben, um im Internet gegen Menschen zu hetzen. Das Problem ist nur: die Ereignisse waren nicht erfunden.**

Für viele Menschen warfen sie bekannte Fragen auf: wie integrationswillig sind die zu uns kommenden Menschen? Was für ein Frauenbild bringen diese Menschen mit? Wird es unsicherer bei uns?

Diese Fragen sind legitim und die Politik muss zu ihrer Beantwortung beitragen. Die Integration der bei uns Schutz suchenden Menschen ist eine Großaufgabe und kein Selbstläufer. Sie verlangt nach einem fundierten und schnellen Handeln – für mehr Wohnungen, Lehrer\*innen und Erzieher\*innen, für schnelle Klarheit beim Aufenthaltsstatus, für interkulturelle Kompetenz und Offenheit bei Arbeitgebern, Bildungseinrichtungen und Behörden, für eine menschenwürdige Unterbringung von Beginn an. Die Integration darf nicht scheitern.

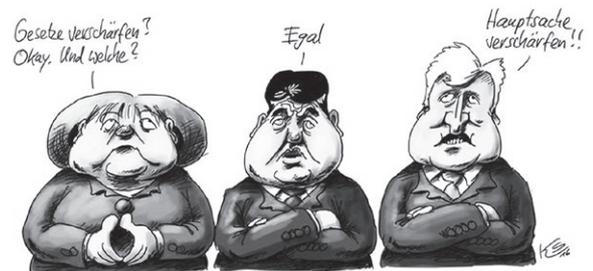
Statt sich um ihre menschenwürdige Aufnahme zu kümmern, streitet die Koalition im Bund über die Abwehr von Geflüchteten. Von den Tätern und den Opfern von Köln redet niemand mehr. Stattdessen: eine Pauschalverdächtigung gegen Menschen anderer Hautfarbe und Religion allerorten.

Jetzt wäre von politischer Seite Differenzierung gefragt. Es gibt zwar ein Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, aber keins auf ethnische Homogenität. Wer Integration schaffen will, muss die Menschen mit Migrationsgeschichte als integralen Teil unserer Gesellschaft und als eigenständige Subjekte – im Guten wie im Schlechten – ernst nehmen. Dies gilt erst recht und besonders für den Umgang mit Gewalt

und Kriminalität. Ohne diesen Respekt gegenüber Geflüchteten, denen in der Mehrheit kriminelles Handeln genauso fern liegt wie der Mehrheit der eingeborenen Bevölkerung, wird man das Gegenteil von Integration erreichen. Erst wer Nichttäter anderer Herkunft, Hautfarbe oder Religion nicht pauschal wie Verdächtige behandelt, wird auf die Täter und ihre Taten angemessen und zielgenau reagieren können. Ohne diesen grundsätzlichen Respekt schießen Politik, Sozialarbeit, Polizei und Justiz meilenweit an den eigentlichen Problemen vorbei. Migrantinnen und Migranten, ihre Vereine, Verbände und religiösen Einrichtungen müssen Partner und nicht Gegner beim gemeinsamen Einsatz für eine offene, für eine sichere Gesellschaft sein.

Dies gilt umso mehr, als Menschen anderer Hautfarbe oder Religion, aber auch Flüchtlingshelfer\*innen verbal, aber immer öfter auch ganz physisch Opfer von Gewalt werden. Einer Gewalt, die aus dem hysterischen, pauschalen Hass gegen alles Fremde wächst und für den die Ereignisse von Köln nur ein Mosaikstein im eigenen rassistischen Weltbild waren.

**Tobias Schulze**



Karikatur: Klaus Stüttmann

## Wir gratulieren im Februar zum Geburtstag!

- Zum 92. Rosemarie Bender, Georg Pfeuffer
- zum 89. Rosemarie Belda, Eva Gumpel, Horst Tinz
- zum 88. Anneliese Lindner
- zum 87. Hans-Joachim Buchwald, Edith Kehr, Eberhard Röhner
- zum 86. Siegfried Schiller, Karl Seidel, Hans-Christian Teubner
- zum 84. Alice Liesegang, Katharina Prosetzky
- zum 83. Günter Fuhrmann, Erna Funk, Ulla Plener, Hildegard Rutekolk
- zum 82. Annemarie Wenzel, Werner Vogel
- zum 81. Günter Poppe
- zum 80. Rolf Richter, Käthe Wetzell, Manfred Wolf

### Impressum:

**Bezirksvorstand Berlin-Mitte**  
der Partei DIE LINKE

**Geschäftsstelle:**  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

**E-Mail-Adresse:**  
info@die-linke-berlin-mitte.de

**Internet:** www.dielinke-berlin-mitte.de

**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs

**Satz + Druck:**  
R. Serinek/Druckerei Bunter Hund, Berlin

**Redaktionsschluss:** 25.01.2016

**Ausgabetag für Nr. 03/2016 – 03.03.2016**

### Festival Musik und Politik am 26.-28. Februar 2016

Das Berliner „Festival Musik und Politik“ findet 2016 an drei Tagen in der WABE, in der Jugendtheateretage und im Bi Nuu statt.

**Gesamtprogramm, Tickets:**

www.musikundpolitik.de

**Facebook:** www.facebook.com/musikundpolitik

**Kontakt:** Lied und soziale Bewegungen e.V.  
Holger Schade, t. +49 178 1416015

medien@musikundpolitik.de

